

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan    Telefon (075) 232 42 42    Fax Redaktion (075) 232 29 12    Fax Inserate (075) 232 95 46    Amtliches Publikationsorgan    80 Rp.

## AKTUELL

### Treibstoffzollerhöhung ohne Chancen

Bern (AP) Mit der Sanierung der Bundesfinanzen harzt es immer noch. Der Bundesrat will mit Preiserhöhungen auf Benzin und Heizöl eine zusätzliche Milliarde holen. Doch dürfen seine Pläne schon im Parlament durchkreuzt werden. Ein positives Echo löste hingegen die Absicht des Bundesrats aus, den Finanzdialog mit den Kantonen zu intensivieren. Der Bundesrat hält beim dritten Sanierungspaket an Mehreinnahmen fest und entschied sich am Montag für die Variante Treibstoffzollerhöhung. Und zwar soll der Grundzoll auf Treibstoffen um 15 Rappen je Liter und um vier Franken je 100 Kilogramm Heizöl beziehungsweise der vergleichbaren Menge an Gas erhöht werden, wie Vizekanzler Achille Casanova sagte. Daraus sollten Mehreinnahmen von 1,3 Milliarden Franken resultieren, allein rund 800 Millionen Franken aus der Treibstoffzollerhöhung.

### EU will Erläuterungen zur Alpen-Initiative

Brüssel (AP) Der Verkehrsminister der Europäischen Union (EU) hat am Montag die EU-Kommission beauftragt, unverzüglich von der Schweiz weitere Erläuterungen über die Umsetzung der Alpen-Initiative einzuholen. Weitere Kenntnisse seien nötig, bevor ein Beschluss über ein Verhandlungsmandat gefasst werden könne, verlautete aus Delegationen. Die von Bern erarbeitete Lösung dürfe dabei die EU-Verkehrsteilnehmer nicht diskriminieren und müsse im weiteren auch marktwirtschaftlich vertretbar sein. Einzelheiten zu den Forderungen der Verkehrsminister waren zunächst nicht bekannt.

### Für Beschränkung der Chemiewaffen

Bern (AP) Der Nationalrat hat dem Bundesrat am Montag als Erstrat einstimmig grünes Licht für die Ratifikation des Chemiewaffenübereinkommens gegeben. Der Vollzug des Abkommens erfolgt in einem befristeten Bundesbeschluss.

Das Chemiewaffenübereinkommen ist das erste umfassende und verifizierbare Abrüstungsabkommen, das eine ganze Kategorie von Massenvernichtungswaffen überprüfbar verbietet, wie Kommissionsprecher Otto Hess (SVP/TG) erklärte. Es verpflichte die Vertragsstaaten, unter keinen Umständen chemische Waffen zu entwickeln, herzustellen oder zu erwerben.

### Steueramnestie auf der langen Bank

Bern (AP) Die vom Parlament verlangte Steueramnestie soll erst nach der Abstimmung über die Initiative «zur Abschaffung der direkten Bundessteuer» angegangen werden. Dies sagte Bundespräsident Otto Stich am Montag in der Fragestunde im Nationalrat. Ob eine Amnestie daher schon 1997 durchgeführt werden könne, sei nicht sicher.

Der Nationalrat hatte im vergangenen Frühjahr als Zweitrat eine Motion von Ständerat Edouard Delalay (CVP/VS) überwiesen, die eine generelle Amnestie für Steuerstände verlangte. Da eine Vorlage über eine solche Amnestie bei einer allfälligen Abschaffung der direkten Bundessteuer hinfällig würde, lehne es ab, den Gesetzestext umsonst auszuarbeiten, sagte Stich in Beantwortung einer Frage von Maximilian Reimann (SVP/AG).

## Sieht die Schweiz einen Ablösungsprozess Liechtensteins?

Unsicherheiten über die zweite EWR-Volksabstimmung in unserem Land – Abstimmung über Verhandlungsmandat oder über EWR-Vertrag?

(G.M.) – Ziel der Regierung ist es, das Fürstentum Liechtenstein bis zum 1. Januar 1995, wenn sich die Europäische Union (EU) wahrscheinlich um vier bisherige EWR-Staaten erweitert hat, in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu führen. Vorher soll jedoch noch die zweite EWR-Abstimmung über die Bühne gehen, ebenso wartet die mit der Schweiz ausgehandelte «Lösungsplattform» auf eine Zustimmung. Doch wann und wie dies durchgeführt werden soll, ist zur Zeit noch offen. Die durch Abwarten geprägte Haltung der Regierung, deren Sprachregelung sich derzeit in nichtssagenden Floskeln über Erwartungen und Hoffnungen erschöpft, hat zu grosser Verunsicherung beigetragen.

Ausdruck der Verunsicherung ist zweifellos auch die Bildung von zwei Komitees, die im Vorfeld der zweiten EWR-Volksabstimmung die Stimmberechtigten aus ihrer Sicht über die Vor- und Nachteile der Integrationspolitik für das Fürstentum Liechtenstein informieren wollen. Beide Komitees erheben, gewarnt durch die Erfahrungen mit der offiziellen Informationspolitik vor der Abstimmung 1992, direkt oder indirekt den Anspruch, neutral und unvoreingenommen die Informationen an die Bürgerinnen und Bürger

weiterzugeben. Verunsicherung über die liechtensteinische Integrationspolitik ist jedoch nicht nur in Liechtenstein zu verspüren, sondern auch in der Schweiz herrscht eine uneinheitliche Stimmung über das Vorgehen Liechtensteins vor. Das Verhältnis zwischen den beiden Vertragspartnern Schweiz und Liechtenstein sei, fasst die «Ostschweiz» in ihrer Ausgabe vom Samstag die derzeitigen bilateralen Beziehungen zusammen, «spürbar kühler» geworden. Die Abkühlung des Polit-Klimas wird von der «Ostschweiz» in Zusammenhang mit dem Mehrwertsteuerstreit und dem bevorstehenden EWR-Beitritt Liechtensteins gebracht: Über der zusehends eigenmächtigen Rolle Liechtensteins zeige man sich im offiziellen Bern befremdet, lautet der Befund der «Ostschweiz».

### Ablösungs- und Trennungsprozess?

Die ostschweizerische Zeitung wiederholt die von Bundesrat Otto Stich ausgesprochene Drohung, dass im Zusammenhang mit dem Mehrwertsteuerstreit in Bern von einer Auflösung des Zollvertrages oder zumindest von einer Revision des jetzt seit 70 Jahren bestehenden Vertrages gesprochen worden sei. Ausserdem wird über das Zusammentreffen zwi-

schen Otto Stich und Fürst Hans-Adam II. am Forum Alpach berichtet, als sich die Staatsoberhäupter rings um Österreich zu einer Gesprächsrunde trafen. Der schweizerische Bundespräsident habe seine diplomatische Zurückhaltung fallengelassen: «Er bestätigte den Eindruck eines österreichischen Journalisten, der Liechtenstein gegenüber der Schweiz gegenwärtig in einem Ablösungs- und Trennungsprozess sieht».

### Nichts Neues im Landtag

Auch in der Schweiz ist inzwischen aufgefallen, dass sich die Regierung in Sachen EWR um konkrete Informationen herumdrückt und die Herausgabe von Informationen auf einen späteren Zeitpunkt in Aussicht stellt. Die Regierung habe im Landtag «ausweichend» geantwortet, heisst es in der «Ostschweiz», die Regierung «vertröstete auf spätere detaillierte Informationen». Kein Wunder also, dass unterschiedliche Auffassungen über den Hintergrund der zweiten EWR-Abstimmung in der Öffentlichkeit verbreitet werden. Alt Regierungschef Dr. Walter Kieber vermutet, wie er in einem Beitrag im VOLKSBLATT schrieb, dass die kommende Volksabstimmung in eine Abstimmung über ein «Verhandlungs-

mandat» umfunktioniert werden soll. Das Komitee «Pro Liechtenstein» mokiert sich darüber, dass der «EWR-Vertrag im Eiltempo ratifiziert, die notwendigen Vertragsänderungen jedoch erst abschliessend angestrebt» würden. Währenddessen gibt sich das Komitee «EWR-plus» überzeugt, dass die Zollunion mit der Schweiz auch bei einem EWR-Beitritt aufrechterhalten werden kann: «Die Verhandlungen mit der Schweiz haben ergeben, dass unsere enge und bewährte Partnerschaft auch einem EWR-Beitritt Liechtensteins aufrechterhalten werden kann».

Die beiden Komitees vertreten zwar unterschiedliche Auffassungen über die Integrationspolitik, in einem Punkt jedoch sind sie sich einig. An erster Stelle steht im Argumentkatalog der «Vereinigung EWRplus» die «Beibehaltung unserer Zollunion mit der Schweiz», die «Unabhängige Vereinigung Pro Liechtenstein» setzt sich «entschieden für den Fortbestand des Zollvertrages mit der Schweiz ein». Noch aber fehlt vorerst die Zustimmung der Schweiz zur ausgehandelten «Lösungsplattform», weil gerüchert wurde von einem Junktim der Schweiz zwischen Mehrwertsteuer und EWR-Lösungsplattform die Rede ist.

## Liechtenstein-Briefmarken sind immer weniger gefragt

Einnahmen aus den Verkaufserlösen des Briefmarkengeschäfts sanken in den letzten Jahren – Für 1995 acht neue Briefmarkenserien geplant

(G.M.) – Das Fürstentum Liechtenstein wird zwar im Ausland immer noch als Briefmarken-Land bezeichnet, doch stimmt diese Einschätzung nicht mehr, wenn die Einnahmen für die Staatskasse aus dem Briefmarken-Geschäft in Betracht gezogen werden. Die Erträge aus dem Titel «Verkaufserlöse» sind in der Landesrechnung innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte erheblich zurückgegangen.

Im Advent erscheinen nach dem Ausgabenplan der Postwertzeichenstelle die letzten zwei Sonderserien an Briefmarken mit den Themen «Weihnachten» und «Die vier Elemente». Für das Jahr 1995 ist wiederum an vier Ausgabebänden die Herausgabe von acht verschiedenen Serien mit einer Gesamtnominale von 29,30 Fr. vorgesehen. Darunter befinden sich Europa-Marken, Gedenkbriefmarken aus Anlass des 50jährigen Bestehens des Liechtensteinischen Roten Kreuzes und «50 Jahre Vereinte Nationen» sowie eine Gemeinschaftsmarke Schweiz – Liechtenstein.

### Stagnierende Verkaufserlöse

Trotz eines vielfältigen und attraktiven Ausgabeprogramms sind die Einnahmen aus dem Briefmarkengeschäft in den letzten Jahren zurückgegangen oder



Die Postwertzeichenstelle gibt am 5. Dezember 1994 wiederum zwei Sonderserien heraus, wobei sich die hier abgebildete Serie mit dem Thema Weihnachten befasst. Trotz Herausgabe von attraktiven Postwertzeichen ist die Zahl der Abonnements bei der Postwertzeichenstelle seit einiger Zeit sinkend.

zeigen eine Stagnation. Für das Rechnungsjahr 1994 erwartet die Regierung Einnahmen von 23 Mio. Fr. aus den Briefmarkenverkäufen und den Frankaturerlösen. Im Vergleich zum Vorjahr rechnet die Regierung im Budget nicht mit einer Steigerung der Einnahmen. Die Ursache für die stagnierende Entwicklung sieht die Regierung in erster Linie in der anhaltenden Abschwächung der Nachfrage nach neuen Briefmarken. Eine Steigerung der Staatseinnahmen aus dem Briefmarkenverkauf lässt sich damit kurzfristig nur über eine Anhebung der

Nominalwerte erreichen, die derzeit in der Spanne von 25 bis 30 Fr. pro Jahr liegen.

### Rückgang der Abonnentenzahl

Was die Regierung mit «Abschwächung der Nachfrage nach neuen Briefmarken» umschreibt, hängt in erster Linie mit einer Abnahme der Abonnentenzahlen bei der Postwertzeichenstelle zusammen. Im Jahre 1993 belief sich der Abonnentenbestand noch auf 75 377, nachdem ein Jahr zuvor noch 76 934 und 1991 noch 79 247 Abonnenten registriert

wurden. Von den derzeit bestehenden 75 377 Abonnements stammen 27 435 aus Deutschland, 25 924 aus der Schweiz und lediglich 1855 aus Liechtenstein selbst. Der verbleibende Rest teilt sich in eine Reihe anderer Herkunftsländer auf, wovon 6925 aus Österreich und 4419 aus Frankreich. Aus der Statistik der Abonnenten geht hervor, dass in den letzten Jahren wohl zwischen drei- und viertausend Neuanmeldungen zu verzeichnen war, doch lag die Zahl der Abgänge im Bereich von über 5000 Abonnements pro Jahr.

### Geändertes Freizeitverhalten

Auf die Einnahmen des Staates schlägt jedoch nicht nur der Rückgang der Abonnements zurück, sondern auch die Reduktion der Bestellung pro Abonnement. Beide Entwicklungen liessen eine erhebliche Reduktion der Staatseinnahmen entstehen: Während im Jahre 1979 noch Verkaufserträge von 34,6 Mio. Fr. erzielt werden konnten, sanken die Einnahmen aus dem Briefmarkenverkauf (einschliesslich der Frankaturerlöse) bis 1989 kontinuierlich auf 21,8 Mio. Fr. ab. Seither sind nur geringe Zuwachsraten, hervorgerufen durch Sonderausgaben und Erhöhung der Nominalwerte, zu verzeichnen.

## AHV- und IV-Rentner erhalten 3,2 Prozent höhere Renten

Bundesrat passt Renten per 1. Januar 1995 der Lohn- und Preisentwicklung an – Im ordentlichen Zweijahresrhythmus

Bern (AP) Die AHV- und IV-Rentner erhalten ab dem 1. Januar 1995 um 3,2 Prozent höhere Renten. Der Bundesrat beschloss am Montag, die AHV- und IV-Renten sowie die Hilflosenentschädigung der Lohn- und Preisentwicklung anzupassen. Die Minimalrente steigt damit von 940 auf 970 Franken, und die Maximalrente beträgt neu 1940 statt 1880 Franken monatlich.

Die Altersrente für Ehepaare wird sich ab dem 1. Januar 1995 zwischen 1455 und 2910 Franken bewegen, wie das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) zum Bundesratsentscheid mitteilte. Die Hilflosenentschädigung der AHV und der IV werde neu – je nach Grad der Hilflosigkeit – 194,485 oder 776 Franken betragen. Ungefähr im gleichen Ausmass erhöht werden die Einkommensgrenzen der Ergänzungsleistungen. Für Alleinstehende liegen sie neu bei 16 660 Franken

und für Ehepaare bei 24 990 Franken. Um die Höhe der Anpassung zu bestimmen, hat der Bundesrat sowohl die Entwicklung der Preise als auch der Löhne seit der letzten Anpassung im Jahre 1993 berücksichtigt, wie das EDI schreibt. Die neuen Renten entsprechen einer Preissteigerung von 0,9 Prozent und einer Lohnerhöhung von 1,0 Prozent. Der Teuerungsausgleich kostet bei der AHV 772 Millionen und bei der IV 120 Millionen Franken.

Letztmals wurden die ordentlichen Renten auf den 1. Januar 1993 erhöht. Mit der 9. AHV-Revision war 1979 die Bestimmung eingeführt worden, wonach die AHV-Renten in der Regel alle zwei Jahre der Lohn- und Preisentwicklung anzupassen seien. Gleichzeitig hatte der Bundesrat die Kompetenz erhalten, vom zweijährigen Anpassungsrythmus abzuweichen.



AHV- und IV-Rentner in der Schweiz sollen künftig höhere Renten erhalten. Der Bundesrat beschloss in seiner gestrigen Sitzung eine entsprechende Anpassung.